



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 112. Ratssitzung vom 23. Oktober 2024

3845. 2024/318

Weisung vom 26.06.2024:

Sozialdepartement, Verein Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung Zürich (ZEF), Beiträge 2025–2028

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung wird für das Angebot Beratung für die Jahre 2025–2028 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 182 900.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 182 900.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Es geht um die Bewilligung eines jährlichen leistungsabhängigen Beitrags von 182 900.– Franken an den Verein Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung für die Jahre 2025 bis 2028. Es handelt sich um eine unveränderte Leistungsfinanzierung unter Berücksichtigung der Teuerung. Der Beitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Die Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung bietet Rechtsberatung sowie psychologische Beratung an. Fachpersonen helfen, Konflikte zu deeskalieren, Paare und Familien in der konstruktiven Bewältigung anspruchsvoller zwischenmenschlicher Situationen zu unterstützen oder Trennungen sowie Scheidungen zu regeln. Der Fokus liegt darauf, dass Paare ihre Aufgaben als Eltern auch in Konfliktsituationen verantwortungsvoll wahrnehmen können. In der Kommission wurde dargelegt, dass die Nachfrage weiterhin hoch ist. Wir konnten einen guten Eindruck von der professionellen Arbeit der Fachstelle gewinnen. Die Fachpersonen arbeiten lösungsorientiert und die Beratung ist vertraulich. Das Angebot ist wichtig und die einkommensabhängigen Tarife ermöglichen den Zugang auch für Menschen mit wenigen finanziellen Mitteln. Die Fachpersonen verfügen über eine hohe Sensibilisierung für die Thematik der häuslichen Gewalt. Ich bedanke mich im Namen der Kommission bei den Mitarbeitenden der Fachstelle für ihre kompetente Arbeit. Die Mehrheit der Kommission – SP, Grüne, AL, GLP, Die Mitte/EVP, FDP – beantragt die Zustimmung zur Weisung.*



2 / 3

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Samuel Balsiger (SVP): *Es gibt in der Stadt Zürich eine hohe durch den Sozialstaat finanzierte Doppelspurigkeit. Dieses Geld muss erst jemand erwirtschaften. Die SVP geht sorgsam mit Steuergeldern um. Daher lehnen wir die Unterstützung des Angebots durch die Stadt ab. Im privaten Rahmen existieren genug solcher Angebote. Der Staat muss die Menschen nicht in jeder Lebenslage begleiten. Eigenverantwortung führt zum Erfolg.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Referat: Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Yves Henz (Grüne), Hannah Locher (SP), Ronny Siev (GLP), Karin Stepinski (Die Mitte), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP)
Minderheit:	Referat: Samuel Balsiger (SVP); Michele Romagnolo (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- a. Dem Verein Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung wird für das Angebot Beratung für die Jahre 2025–2028 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 182 900.– bewilligt.
- b. Der Beitrag von Fr. 182 900.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 30. Oktober 2024
gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist:
30. Dezember 2024)



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat